

Dr.<sup>in</sup> Alma Zadić, LL.M.  
Bundesministerin für Justiz

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.486.216

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)2963/J-NR/2020

Wien, am 28. September 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Katharina Kucharowits, Kolleginnen und Kollegen haben am 28. Juli 2020 unter der Nr. **2963/J-NR/2020** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Task Force gegen Hass im Netz“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 6 und 8 bis 11:**

- 1. Welches Ressort war und ist bei der Etablierung der Task Force federführend?
- 2. Welche Ministerinnen sind für die Task Force verantwortlich?
- 3. Aus wievielen Mitgliedern besteht diese Task Force?
- 4. Welche Akteurinnen und Personen sind Teil der Task Force?
- 5. Welche Akteurinnen sind hier involviert?
- 6. Wird im Rahmen dieser Task Force mit Expertinnen gearbeitet?
  - a. Wenn ja, mit welchen?
  - b. Wenn nein, warum nicht?
- 8. Wird das Parlament eingebunden?
  - a. Wenn ja, in welcher Form?
  - b. Wenn ja, in welchem Zeitraum?
  - c. Wenn nein, warum nicht?
- 9. Wie oft soll die Task Force tagen?

- 10 Wie lange wird es diese Task Force geben?
- 11. Was ist das konkrete Ziel der Task Force?

Die Task Force wurde zur Umsetzung des Zirkulationsbeschlusses des Ministerrates vom 9. Juli 2020 „Maßnahmenpaket der Bundesregierung zur effizienten Bekämpfung von Hass und Gewalt im Netz und anderer digitaler Kriminalitätsformen“ unter der Führung der Bundesministerin für Justiz und der Bundesministerin für EU und Verfassung eingesetzt. Die Task Force setzte sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramts, des Bundesministeriums für Justiz und des Bundesministeriums für Inneres. Neben Expertinnen und Experten aus den betroffenen Ressorts im Rahmen der Task Force wurde bei der Erarbeitung der Gesetze in weiteren Gesprächen externe Expertise eingeholt.

Die ressortübergreifende Task Force koordinierte die einzelnen Maßnahmenpakete zum Thema „Hass im Netz“ zwischen den Ministerien, welches schlussendlich am 3. September 2020 der Öffentlichkeit präsentiert werden konnte und zur ausführlichen öffentlichen Begutachtung dem Parlament übermittelt wurde.

#### **Zur Frage 7:**

- *Inwieweit unterscheidet sich diese Task Force von der bereits im Frühjahr von Justizministerin Zadic angekündigten Expertinnengruppe?*

Die Mitglieder der Expert\*innengruppe zur Erarbeitung eines Maßnahmenpakets gegen Hass im Netz sind Univ. Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Susanne Reindl-Krauskopf, Assoz. Prof. Dr. Farsam Salimi, RA<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Maria Windhager, RA Dr. Peter Zöchbauer, RA Univ. Prof. Dr. Alfred J. Noll, Mag<sup>a</sup>. (FH) Ingrid Brodnig, Univ. Prof. Dr. Nikolaus Forgó, Mag<sup>a</sup>. Caroline Kerschbaumer, E.MA, Mag. Dr. Matthias Traimer, HR Hon. Prof. Dr. Hans Peter Lehofer sowie Abteilungsleiter\*innen und Mitarbeiter\*innen der zuständigen Fachabteilungen meines Hauses.

#### **Zur Frage 12:**

- *Nachdem die Plattformen verpflichtet werden sollen, gemeldete Inhalte zu löschen, stellt sich die Frage: Anhand welcher Kriterien wird hier „Hass im Netz“ definiert? Wem obliegt die Deutungshoheit?*

„Hass im Netz“ ist eine verbreitete Kurzbezeichnung für ein vielschichtiges gesellschaftliches Phänomen, das verschiedene Ressortzuständigkeiten, darunter auch jene des Justizressorts berührt. Zur Frage hinsichtlich Plattformverantwortlichkeit verweise ich auf die dafür zuständige Ministerin für EU und Verfassung.

**Zur Frage 13:**

- *Ist mit einer Aufstockung der Sonderstaatsanwältinnen zu rechnen?*
  - a. *Wenn ja, in welcher Form?*
  - b. *Wenn ja, wann?*
  - c. *Wenn nein, warum nicht?*

Die von mir im Wege der Budgetverhandlungen erreichte Aufstockung der staatsanwaltschaftlichen Planstellen wird unter anderem auch der Bekämpfung von Hass im Netz zu Gute kommen. Die personellen, organisatorischen und budgetären Details befinden sich derzeit in Ausarbeitung und werden auch Teil der anstehenden Budgetverhandlungen sein.

**Zu den Fragen 14 und 15:**

- *14. Sind künftig die Etablierung von ausfinanzierten Anlauf- und Meldestellen in ganz Österreich geplant?*
  - a. *Wenn ja, in welcher Form?*
  - b. *Wenn ja, mit welchen Akteurinnen wird hier zusammengearbeitet?*
  - c. *Wenn ja, wann?*
  - d. *Wenn nein, warum nicht?*
- *15. Sind mehr Präventions- und Sensibilisierungsarbeit und Strategien zur Steigerung der Medienkompetenz geplant?*
  - a. *Wenn ja, in welcher Form?*
  - b. *Wenn ja, mit welchen Akteurinnen wird hier zusammengearbeitet?*
  - c. *Wenn ja, wann?*
  - d. *Wenn nein, warum nicht?*

Diese Fragen betreffen nicht meine Ressorzuständigkeit.

Dr.<sup>in</sup> Alma Zadić, LL.M.

